

SPD AXEL ECHEVERRIA



LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,
LIEBE LESERINNEN UND LESER,

die ersten Monate des neuen Jahrs liegen hinter uns. Gerne möchte ich Euch auch in diesem Newsletter einen Blick in meine Arbeit während dieses Zeitraums geben. Für mich war vor allem meine Delegationsreise, die mich als Mitglied der Deutsch-Mittelamerikanischen Parlamentariergruppe nach Panama, Honduras und Costa Rica führte, sehr prägsam.

Hierzu habe ich einen kleinen Reisebericht verfasst. Aber auch in Berlin haben wir einiges auf den Weg gebracht. Hier sind unter anderem das Deutschlandticket aber besonders die Wahlrechtsreform zu nennen. Mit dieser Reform stoppen wir nicht nur das ungebremste Aufblähen des Bundestags, der aktuell 138 Abgeordnete mehr als vorgesehen hat. Mit dem Abschaffen der Überhang- und Ausgleichsmandate setzen wir auch ein klares Zeichen, dass Politik bei sich selbst ansetzen, und so kürzen und sparen kann.

Natürlich darf auch ein kleiner Ausblick nicht fehlen. Im März besuchen gleich zwei prominente Genoss:innen auf meine Einladungen hin meinen Wahlkreis. So nimmt Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze am 11. März an einer Veranstaltung im Rahmen des Weltfrauentags teil. Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Rolf Mützenich, besucht am 20. März mit mir das THW in Witten. Anschließend nehmen wir an einer Diskussion zur sozialdemokratischen Politik im Zeichen der Zeitenwende in den Räumen der VHS Gevelsberg teil.

Ich wünsche viel Freude beim Lesen!
Glück Auf!

*Eheverria
Axel*

SPENDENAUFTRUF FÜR ERDBEBENOPFER

Spenden
für die Menschen in der
Türkei und in Syrien



Gemeinsames Spendenkonto:

IBAN: DE53 200 400 600 200 400 600

Verwendungszweck:
ARD/ Erdbeben Türkei und Syrien

spendenkonto-nothilfe.de

Das Ausmaß der Katastrophe in der Türkei und in Syrien durch die Erdbeben ist schwer in Worte zu fassen. Mehr als 50.000 Menschen sind verstorben. Meine Gedanken sind bei den Opfern und allen, die Angehörige, Freund:innen und Bekannte verloren haben. Noch immer leiden Zehntausende unter den Folgen des Unglücks.

Wenn auch Ihr helfen wollt: Das Bündnis „Entwicklung Hilft“ und die „Aktion Deutschland Hilft“ rufen in Kooperation mit der ARD unter folgendem Konto gemeinsam zu Spenden auf.

IBAN: DE53 200 400 600 200 400 600

Verwendungszweck:
ARD/ Erdbeben Türkei und Syrien

Ebenso ruft das Aktionsbündnis Katastrophenhilfe in Kooperation mit dem ZDF unter folgendem Konto zu Spenden auf:

IBAN: DE65 100 400 600 100 400 600

Verwendungszweck:
ZDF Erdbeben Türkei Syrien

Weitere Infos:
spendenkonto-nothilfe.de



SPD AXEL ECHEVERRIA

BUNDESENTWICKLUNGSMINISTERIN BESUCHT WETTER SVENJA SCHULZE NIMMT AN VERANSTALTUNG IM RAHMEN DES WELTFRAUENTAGS TEIL



Foto: Maximilian König
- www.svenja-schulze.de

Anlässlich des internationalen Weltfrauentags wird Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze, auf meine Einladung hin, Wetter am 11. März einen Besuch abstatten. Dort nimmt sie mit mir an einer Veranstaltung der örtlichen SPD am Seeplatz, am Harkortsee, teil. Geplant ist dort ab 14 Uhr eine Begrüßung durch meine Landtagskollegin Kirsten Stich. Ministerin Svenja Schulze wird zur aktuellen Situation geflüchteter Frauen sprechen. Unser Europaabgeordneter Dietmar Köster wird die Situation der Frauen im Iran in den Fokus seiner Rede stellen.

Und auch ich werde einen Redebeitrag zum Feminismus in Deutschland halten. Im Anschluss werden wir die Möglichkeit zum Austausch haben.

Der Veranstaltung vorausgehen wird ein Sternenlauf für Frauenrechte durch die gesamte Stadt. An vier verschiedenen Startpunkten – über das Stadtgebiet verteilt – treffen sich Interessierte und gehen in Richtung Demag-Parkhaus, wo um 13 Uhr der gemeinsame Weg zum Café Friedrichs am See erfolgt:

- 11⁴⁵ Uhr, Henriette-Davidis-Pl. (Wengern)
- 12⁰⁰ Uhr, Sparkasse Grundschtötel
- 12⁰⁰ Uhr, Dorfplatz (Volmarstein)
- 12¹⁵ Uhr, Kreuzung Freiheit – Eiscafé Dolomiti (Alt-Wetter).

Ein Shuttle-Service für mobil eingeschränkte Bürger:innen wird eingerichtet und ist unter der Telefonnummer 0172-911 7061 erreichbar.

Seit mehr als 100 Jahren setzen sich Frauen weltweit am Internationalen Weltfrauentag, den 8. März, für ihre Rechte ein. Im Jahr 1911 von der Sozialdemokratin Clara Zetkin initiiert, erkämpften sich die Frauen 1918 das freie, geheime und aktive Wahlrecht.

Und auch wenn laut Grundgesetz Männer und Frauen gleichberechtigt sind, so gibt es weiterhin Ungleichheiten. Frauen verdienen in Deutsch-

land im Schnitt 18 Prozent weniger als Männer. Sie haben aufgrund eines überholten Familienbildes weniger Aufstiegschancen und sind vermehrt von Altersarmut betroffen.

Und auch international werden Frauen und ihre Rechte massiv unterdrückt, wie der Blick nach Afghanistan oder in den Iran zeigen.



Frauenrechte sind Menschenrechte! Daher rufe ich alle, auch Männer, dazu auf bei Aktionen rund um den Frauenkampftag sichtbar für die Rechte und Belange von Frauen einzustehen.



EMPFANG ZUM WELTFRAUENTAG

Anlässlich des Frauenmärzes laden die AsF Ennepe-Ruhr und die AsF Witten am 12. März zum 10. Empfang im Rahmen des Weltfrauentags ein. Los geht es um 11 Uhr in der Gaststätte „Mondo“ (Bergerstr. 25, 58452 Witten).

Talkgast ist die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Kerstin Grieser (MdB). Die Veranstaltung unter dem Motto FRAUEN.MACHT.POLITIK befasst sich inhaltlich mit der Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Zudem wird die junge Poetry-Slamerin Ella Elia Anschein mit ihrer brillanten Rhetorik humorvoll das Thema Gleichstellung beleuchten.

Um eine Anmeldung bei Kerstin Hänsch wird gebeten: 0177/9270870 bzw asf@spd-witten.de



SPD AXEL ECHEVERRIA

OH, WIE SCHÖN IST PANAMA...

BERICHT EINER POLITISCHEN REISE NACH PANAMA, HONDURAS UND COSTA RICA



Von Schweden bis Südafrika, von Bangkok bis Buenos Aires – die Parlamentariergruppen des Deutschen Bundestages als interfraktionelle Zusammenschlüsse von Abgeordneten pflegen enge Kontakte zu Parlamenten in aller Welt. Diese Gruppen haben verschiedene Aufgaben: Einerseits sollen die Beziehungen zwischen den jeweiligen Parlamenten mit Leben gefüllt werden, andererseits wird bei einem Austausch natürlich auch Diplomatie betrieben. So wurde als ein diplomatisches Zeichen die Parlamentariergruppe mit dem Iran in der vergangenen Woche aufgelöst.

Ich selbst bin Mitglied der Deutsch-Mittelamerikanischen Parlamentariergruppe. Als solches habe ich mit Kolleg:innen der Gruppe vom 12.-24.02. eine Delegationsreise nach Panama, Honduras und Costa Rica unternommen. Vor Ort erwartete mich ein strammes Programm mit zahlreichen Begegnungen und Eindrücken, die sich nicht in einem kurzen Reisebericht zusammenfassen lassen.



Dennoch möchte ich an dieser Stelle einige Impressionen meiner Mittelamerikareise teilen, auch wenn dies sicher kein vollständiger Report ist.

Die erste Station meiner Delegationsreise führte mich nach Panama. Dieses Land ist in Deutschland insbesondere durch Janosch, den gleichnamigen Schifffahrtskanal und als Steueroase bekannt.

Wie zwei Pole wird das Land vom Pazifik und Atlantik umschlossen. Sie sind gerade mal 45 Autominuten voneinander entfernt.

Für mich als Umweltpolitiker sehr spannend: In der nachhaltigen Energieversorgung ist Panama ein Vorreiter. So gewinnt Panama mehr als 80% des Strombedarfes des Landes aus erneuerbaren Energien. Dabei werden die Möglichkeiten, erneuerbare Energien zu produzieren, nur zu einem Bruchteil genutzt. Wind, Sonne und Wasserkraft gibt es genug.



Anstatt auf nachhaltige Gewinnabschöpfung zu setzen, entstehen immer mehr Hochhäuser und die Verdichtung sowie der Raubbau am Land wird vorangetrieben, obwohl die Auswirkungen des Klimawandels deutlich sichtbar und spürbarer sind als in Deutschland. Extremer Reichtum und erdrückende Armut treffen hier aufeinander.

Die Pandemie hat in Panama dazu geführt, dass die gesellschaftlichen Probleme noch deutlicher zutage treten. Als Reaktion darauf haben sich im vergangenen Jahr verschiedene gesellschaftliche Gruppen (Lehrer:innen, Gewerkschafter:innen, Ärzt:innen, Vertreter:innen der Indigenen Völker) zusammengeschlossen und es kam



zum (defacto) Generalstreik. Daraufhin wurde ein Runder Tisch aus genannten Gruppen und Vertreter:innen der Regierung gegründet. In Panama habe ich mich mit Vertreter:innen der Gewerkschaften und Ärzt:innen getroffen. Aus Sicht der Protestierenden braucht Panama dringend ein Umdenken und das in vielen Bereichen: In der Bildung, dem Energiesektor, dem Wirtschaftssektor und dem Sozialsystem. Es war spannend, einen Einblick in die ungefilterte Realität dieses Landes zu bekommen.

Weiter ging es nach Honduras. In der Residenz des Deutschen Botschafters war ich nicht nur mit Angehörigen deutscher Institutionen zusammengekommen, sondern hatte auch die Möglichkeit, mich mit Isabel Albaladejo, als Vertreterin des UN-Hochkommissariat für Menschenrechte auszutauschen. Die Gesellschaft Honduras' hat mit zahlreichen Problemen zu kämpfen: Derzeit leben 73% der Menschen hier in Armut. 54% haben sogar weniger als 1,90 Dollar pro Tag zur Verfügung und gelten somit als extrem arm. Frei zugängliche Bildung sowie gute und fair bezahlte Arbeitsplätze sind hingegen die Seltenheit. Des Weiteren ist Honduras eines der gefährlichsten Länder der Welt. Gewalt gegen Frauen, Minderheiten und Umweltaktivist:innen sind alltäglich.

Auf der nächsten Seite geht's weiter!





SPD AXEL ECHEVERRIA

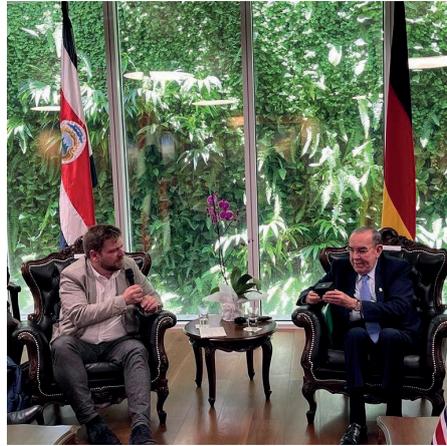
Fortsetzung: BERICHT EINER POLITISCHEN REISE NACH PANAMA, HONDURAS UND COSTA RICA

Diese Zahlen und Fakten waren mir bereits vor meiner Reise bekannt - laut Isabel Albaladejo handelt es sich aber nur um die Spitze des Eisberges, weil etwa viele Gewalttaten gar nicht zur Anzeige gebracht werden. Die in Honduras lebende Spanierin hat in ihrer bisher zweijährigen Amtszeit viele gesellschaftliche Probleme ausgemacht, die sie mit internationaler Unterstützung bereits angeht. Auch Deutschland beteiligt sich intensiv an diesen Bemühungen.

Auch ein Parlamentsbesuch stand auf meiner Agenda. Es war mir eine ganz besondere Ehre, dass unter anderem der Parlamentspräsident Luis Rolando Redondo Guifarro und sein Stellvertreter Rassel Tome trotz der quasi parallel stattfindenden Verhandlung über die Wahl der 15 Richter:innen der honduranischen Verfassungsgerichtshofe Zeit für einen Austausch gefunden haben.



Es herrschte Einigkeit darüber, dass Honduras noch einen Weg vor sich hat, den es im Sinne aller Einwohner:innen gehen muss. Aber die demokratische Regierung hat in ihrem ersten Jahr (nach 12 Jahren Diktatur) bereits einiges angestoßen. Ebenfalls ist unbestritten, dass die größten Herausforderungen vor allem die unfassbare Armut vieler Einwohner:innen und die extrem Kriminalität seien. Dagegen will die demokratische Regierung klar vorgehen. Mit dem honduranischen Wirtschaftsminister, Pedro José Barquero Tercero, habe ich über Chancen



und Möglichkeiten in Zeiten der sozial-ökonomischen Transformation gesprochen. Genau wie Panama hat Honduras ein großes, aber bei Weitem nicht ausgeschöpftes Potenzial. Durch Hilfe zur Selbsthilfe sollen hier in den nächsten Jahren wichtige Schritte gegangen werden!

Die dritte Station meiner Diensteise führte mich nach Costa Rica. Hier wurde deutlich, dass auch die Länder Mittelamerikas durch Migration vor große Herausforderungen gestellt werden. Einerseits betrifft es die Länder, in denen junge Menschen beispielsweise auf der Suche nach einer besseren Zukunft ihre Heimat verlassen. Aber natürlich fliehen Menschen auch dort nicht nur aus ökonomischen Gründen, sondern auch aufgrund von Verfolgung. Auf der anderen Seite betrifft es ebenso die Länder, die Geflüchtete aufnehmen. Die Bevölkerung Costa Ricas besteht mittlerweile zu zehn Prozent aus Einwander:innen. Das Ziel der meisten Geflüchteten sind die USA. Unter gefährlichsten Bedingungen und unter Einsatz ihres Lebens versuchen Menschen aus vielen Teilen Lateinamerikas die Vereinigten Staaten zu erreichen, die meisten werden jedoch abgeschoben oder ausgewiesen.

In Costa Rica durfte ich eine Unterkunft für Geflüchtete besuchen, in denen besonders vulnerable Gruppen Schutz finden. Die Bewohner:innen sind Frauen und Kinder, LSBTQ*-Menschen und Mitglieder von Ethnien, die einem besonderen Risiko einer rassistischen Diskriminierung unterliegen. Zwei junge Frauen aus Deutschland, Antonia

Gläser und Carlotta Jasper, leisten hier ihren Freiwilligen Dienst. Auch wenn sie tagtäglich mit unfassbar herzzerreißenden Schicksalen arbeiten, möchten sie mit niemandem tauschen. Hier konnte ich auch José (Name geändert) kennenlernen. Er ist aus Nicaragua auf Grund von politischer Verfolgung geflohen. Seine Familie wurde als Teil der Oppositionsbewegung verhaftet, sein Elternhaus wurde niedergebrannt. Mehr weiß José nicht, auch nicht, ob seine Familie noch lebt. Gemeinsam mit den Delegationsmitgliedern der demokratischen Fraktion habe ich angeboten, dass wir uns dafür einsetzen, mehr zu erfahren und ggf. darauf einzuwirken, dass seine Familie freikommt und das Land verlassen darf. Ob er das Angebot annimmt, wissen wir noch nicht, da er Angst vor Repressalien gegen Angehörige hat. Wenigstens konnten wir ihm als angehenden Bauingenieur ein Praktikum bei einem deutschen, in Costa Rica ansässigen Unternehmen vermitteln.

Ein wichtiger diplomatischer Ansatz, der in allen drei Ländern von uns verfolgt wurde, war die Positionierung der Staaten im Ukraine-Krieg. Bisher hatten sie innerhalb der UN die deutsche Position unterstützt. Auf unserer Reise haben wir die vielen Gespräche mit den führenden Politiker:innen auch dafür genutzt, auf die Bedeutung dieser Einigkeit hinzuweisen.



Insgesamt war meine Zentralamerikareise spannend und informativ: So sehr sich Mittelamerika von Europa unterscheidet, so sehr ähneln sich viele Problemlagen doch. Die Hoffnung, die Welt im Rahmen meiner Möglichkeiten ein klein wenig besser werden zu lassen, treibt mich an, Politik zu machen. Denn: ¡Otro mundo es posible! - Eine andere Welt ist möglich!



WIR VERKLEINERN DEN BUNDESTAG

DIE AMPELFRAKTIONEN WOLLEN DEN BUNDESTAG MIT EINER WAHLRECHTSREFORM DAUERHAFT AUF 598 ABGEORDNETE BEGRENZEN

Die drei Ampel-Fraktionen wollen den Bundestag verkleinern. Hier zu haben wir einen Entwurf erarbeitet und in den Bundestag eingebracht. Der Entwurf sieht vor, dass die Einhaltung der gesetzlichen Regelgröße von 598 Abgeordneten garantiert wird. Derzeit gibt es 736 Abgeordnete. Es bleibt bei der derzeitigen Anzahl von 299 Wahlkreisen.

Das derzeitige Wahlrecht führt durch Überhang- und Ausgleichsmandate zu einem unkontrollierbaren Anwachsen des Bundestages. Das Entstehen dieser Mandate wird mit der Reform ausgeschlossen.

Wie funktioniert das neue Wahlrecht in der vorgeschlagenen Reform?

Es wird zukünftig auch weiterhin nur zwei Stimmen geben. Die bisherige Zweitstimme wird „Hauptstimme“ und die Erststimme „Wahlkreisstimme“ heißen. Die Hauptstimme allein wird für die Verteilung der 598 Sitze des Bundestages maßgeblich sein. Deshalb soll sie auf dem Stimmzettel an erster Stelle stehen. Mit der Hauptstimme werden die Landeslisten der Parteien gewählt und mit der Wahlkreisstimme über Kreiswahlvorschläge in 299 Wahlkreisen abgestimmt.

Die auf die Landeslisten der Parteien entfallenden Hauptstimmen entscheiden über die Verteilung der Sitze, die in jedem Land zunächst nach dem Verfahren der Hauptstimmendeckung an die Wahlkreiskandidierenden der Parteien vergeben werden und dann an die Kandidierenden der Landesliste.

Warum ist eine Wahlrechtsreform überhaupt notwendig?

Das derzeitige Wahlrecht führt durch Überhang- und Ausgleichsmandate zu einem unkontrollierbaren Anwachsen des Bundestages. Modellrechnungen kennen Szenarien mit über 900 Abgeordneten.

Gewinnt eine Partei in einem Land mehr Wahlkreismandate, als die Partei nach Zweitstimmen Sitze für dieses Land errungen hat, entstehen Überhangmandate. Diese Überhangmandate verzerren das Zweitstimmenverhältnis der Parteien zueinander.

Wir verkleinern den Bundestag

Keine Überhang- und Ausgleichsmandate mehr



feste Größe von

598

Abgeordneten

SPD Fraktion im Bundestag

Zur Wiederherstellung des Kräfteverhältnisses der Parteien müssen Überhangmandate durch Ausgleichsmandate bei anderen Parteien kompensiert werden. Diese Ausgleichsmandate erhöhen die Gesamtsitzzahl des Bundestages – abhängig vom Zweitstimmenanteil der Partei, bei der sie entstehen – erheblich.

Dieses stetige Anwachsen des Bundestages schafft für die Arbeits- und Funktionsfähigkeit des Parlaments zahlreiche Probleme. Zur Sicherstellung der verfassungsmäßigen Aufgabenerfüllung des Bundestages ist eine Wahlrechtsreform deshalb unumgänglich.

Wie soll die Größe des Bundestages begrenzt werden?

Das Entstehen von Überhang- und Ausgleichsmandanten wird zukünftig ausgeschlossen. Hierzu wird der vom Bundesverfassungsgericht anerkannte Grundcharakter der Bundestagswahl als Verhältniswahl konsequent weiterge-

führt. Allein die mit der Hauptstimme gewählten Landeslisten der Parteien sind für das Kräfteverhältnis der Parteien im Parlament ausschlaggebend.

Damit dieses Kräfteverhältnis nicht mehr durch Überhangmandate verfälscht und durch Ausgleichsmandate wiederhergestellt werden muss, werden zukünftig nur noch die Sitze vergeben, die durch die Parteien nach ihrem Hauptstimmenergebnis errungen wurden.

Wie werden die 598 Sitze des Bundestages verteilt?

Die Sitze werden, wie bisher grundsätzlich auch, auf die Parteien durch eine Oberverteilung anhand der bundesweit für ihre Landeslisten abgegebenen Hauptstimmen verteilt. Die so auf die einzelnen Parteien entfallenden Sitze werden wiederum in Unterverteilungen auf deren Landeslisten verteilt.

Wie genau wird die Entstehung der Überhang- und Ausgleichsmandate ausgeschlossen?

Das Prinzip der Hauptstimmendeckung ist die Grundlage für den Ausschluss von Überhang und Ausgleichsmandaten. Es bedeutet, dass Wahlkreiskandidierende einer Partei nur als Abgeordnete des Wahlkreises gewählt sind, wenn sie einen durch ihre Partei nach deren Hauptstimmenergebnis im betreffenden Land errungenen Sitz erhalten. Hierzu werden alle Wahlkreiskandidierenden einer Partei mit den meisten Wahlkreisstimmen gereiht. Die Reihenfolge richtet sich nach dem prozentualen Anteil der Wahlkreisstimmen in den Wahlkreisen, beginnend mit dem höchsten Wahlkreisstimmenanteil.

Auf der nächsten Seite geht's weiter!





SPD AXEL ECHEVERRIA

Fortsetzung: WIR VERKLEINERN DEN BUNDESTAG

In dieser Reihenfolge werden die durch ihre Partei nach deren Hauptstimmenergebnis im betreffenden Land errungenen Sitze zunächst an die Wahlkreis-kandidierenden vergeben. Sind mehr Sitze der Partei zu vergeben, als Wahlkreis-kandidierende der Partei im Land erfolgreich waren, werden die verbleibenden Sitze an die Kandidierenden der Landesliste der Partei in der dort festgelegten Reihenfolge vergeben.

Was passiert mit Wahlkreisen, in denen nach dem Verfahren der Hauptstimmendeckung kein Abgeordneter gewählt wurde?

Haben mehr Kandidierende einer Partei in einem Land die meisten Wahlkreisstimmen errungen, als für die Partei Sitze im betreffenden Land zur Verfügung stehen, wird in Wahlkreisen, in denen Wahlkreis-kandidierende nach dem Verfahren der Hauptstimmendeckung keinen Sitz erhalten konnten, kein:e direkt gewählte:r Abgeordnete:r bestimmt.

Die grundsätzlich gewünschte Repräsentation der Wahlkreise bleibt aber auch in diesem Fall wahrscheinlich, weil typischerweise mehrere Abgeordnete aus einem Wahlkreis kommen, auch wenn diese nicht über die Wahlkreisstimme gewählt sind.

Ist es zulässig, dass Wahlkreise keine direkt gewählten Abgeordneten haben?

Ja. Es gibt aus verfassungsrechtlicher Sicht keine institutionelle Garantie der ausnahmslosen Repräsentation aller Wahlkreise nach relativer Mehrheitswahl. Der Grundcharakter der Wahl ist eine Verhältniswahl. Dies wird auch im aktuellen Wahlrecht deutlich. Scheiden heute direkt gewählte Abgeordnete aus dem Bundestag aus, werden die frei gewordenen Sitze aus der Landesliste der Partei nachbesetzt, für die die die gewählten Kandidierenden oder ausgeschiedenen Abgeordneten bei der Wahl aufgetreten sind.

Eine Ersatzwahl findet für Wahlkreis-abgeordnete von Parteien mit zugelassener Landesliste also nicht statt. Dies hat in der Staatspraxis erhebliche Bedeutung, da es in jeder Wahlperiode mehrfach zum Ausscheiden von Abgeordneten kommt.

AXELS STANDPUNKT



In den zurück liegenden 20 Jahren ist der Bundestag immer größer geworden. Aktuell gehören ihm fast 140 Mitglieder mehr an, als vorgesehen. Damit das Parlament arbeitsfähig bleibt, werden wir es deutlich verkleinern. Wir setzen hiermit auch ein klares Zeichen, dass Politik bei sich selbst kürzen und sparen kann.

Anders als etwa der Vorschlag der Unionsparteien, bevorzugt unser Entwurf übrigens keine Partei, sondern kürzt bei allen im gleichen Maße. 16 Jahre lang ist es mit CDU/CSU an der Regierung nicht gelungen, die Zahl der Bundestagsabgeordneten zu reduzieren – auch weil sich die CDU immer in der Geiselhaft der CSU befand.

Denn letztendlich liegt der Grund für die meisten zusätzlichen Mandate in der speziellen Rolle der CSU. Ebenfalls ist mir wichtig, dass die 299 Wahlkreise in ihrem jetzigen Zuschnitt bestehen bleiben, damit wir als Abgeordnete weiterhin vor Ort präsent und im Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern bleiben können

Axel ist direkt gewählter Abgeordneter für den Wahlkreis 139 (Ennepe-Ruhr-Kreis II). Dieser besteht aus den Städten Hattingen, Herdecke, Sprockhövel, Wetter und Witten.

DAS 49-EURO TICKET KOMMT!

**DAS
DEUTSCHLAND-
TICKET KOMMT
ZUM 1. MAI!**

Der Bundestag hat ein Gesetz für das Deutschlandticket auf den Weg gebracht. Ich begrüße diesen Schritt grundsätzlich, denn das Deutschlandticket ist eine dringend benötigte Entlastung für Pendler:innen. Gerade bei uns im VRR zahlen die Menschen aktuell 177,77€

für ein Monatsticket der höchsten Preisstufe. Das ändert sich nun zum 1. Mai. Sie werden dann 49€ zahlen – für ein Ticket, das in ganz Deutschland gültig ist. Damit sparen die Menschen nun bis zu 128,77€ monatlich.

Ich habe mich für einen noch günstigeren Preis eingesetzt. Wichtig ist mir, dass das Ticket nicht mehr kosten darf, als im Bürgergeld für Mobilität veranschlagt ist.

Nach einer Initiative der Ampel-Koalition hatten sich Bund und Länder im Dezember auf eine Finanzierung des Deutschlandtickets geeinigt. Insgesamt werden dafür 3 Milliarden Euro jährlich eingeplant. Das Ticket soll vorrangig digital, gleichzeitig aber auch barrierefrei zu erhalten sein. Weitere Details sollen nun zwischen Bund und Ländern sowie im Parlament geklärt werden.



SPD AXEL ECHEVERRIA

ZEICHEN GEGEN KINDERSOLDATEN!

Weltweit gibt es immer noch zahlreiche Kriege und Konflikte. Gerade viele Kinder sind hier immer noch auf vielfältigerweise betroffen. In zahlreichen Ländern werden sie als Kindersoldat:innen missbraucht. Rund 250.000 bis 300.000 Kinder werden weltweit zum Kriegseinsatz gezwungen: Sie werden in den Kriegen der Erwachsenen in tödliche Kämpfe geschickt oder müssen lebensgefährliche Botengänge übernehmen. Zudem werden sie häufig Opfer sexualisierter Gewalt. Hiergegen müssen wir ein Zeichen setzen!

Deshalb habe auch ich mich am diesjährigen Red Hand Day beteiligt. Dieser Aktionstag findet in jedem Jahr am 12. Februar statt. An diesem Datum ist im Jahr 2002 ein Zusatzprotokoll der UN-Kinderrechtskonvention in Kraft getreten, das Kinder vor dem Missbrauch als Soldat:innen schützt. Dabei steht die rote Farbe der Handabdrücke symbolhaft für das Blut und das Leid, das die betroffenen Kinder unfreiwillig an ihren Händen tragen. Viele von ihnen kehren verwundet und traumatisiert aus ihren Einsätzen zurück. Anderen bleibt die Rückkehr zu ihren Lieben verwehrt. Diese bezahlen für den unmenschlichen Einsatz mit ihrem Leben.

Übrigens wurde auf Druck einiger Staaten, darunter auch Deutschland, eine Ausnahme bei dem Zusatzprotokoll zugelassen: Staatliche Armeen dürfen Freiwillige ab 16 Jahren anwerben. Grundsätzlich gehören Minderjährige nicht ins Militär!

Das zentrale Ziel der Aktion ist deshalb die weltweite Ächtung des Einsatzes von Kindersoldat:innen unter 18 Jahren („straight 18“) – völlig unabhängig davon, ob sie zwangsweise oder „freiwillig“ rekrutiert werden und welche Rolle sie in den Armeen und bewaffneten Gruppen ausfüllen. Jeder Einsatz von Kindern unter 18 Jahren in militärischen Verbänden oder zu militärischen Zwecken sollte abgelehnt werden, selbst wenn die Kinder keine Waffen tragen müssen. Dazu zählt auch die militärische Schulung von Kindern unter 18 Jahren in Schulen oder Akademien.



VIER-TAGE-WOCHE WIRD IN WITTEN ERPROBT



Am 1. Februar habe ich die Wittener Firma LOBOTEC besucht. Seit 1997 werden hier verschiedene Acrylglasprodukte produziert. Auch wenn tagtäglich Hightech-Maschinen zum Einsatz kommen, wird jedes Erzeugnis zusätzlich von Hand bearbeitet. Besonders beeindruckt hat mich die Produktvielfalt, die das Portfolio von LOBOTEC bereithält.

Grund meines Besuchs war die Vier-Tage-Woche, die die beiden Geschäftsführer Kay Ostermann und Frank Lobenstein gemeinsam mit ihren acht Mitarbeiter:innen vereinbart haben. Man habe nach einigen Gesprächen diesen Schritt gewagt und sei sehr optimistisch, dass sich hier sogar Vorteile für das Unternehmen ergeben werden. Gearbeitet wird in der Fertigung nun von 6 bis 16 Uhr, im Büro von 7 bis 17 Uhr, inklusive Pausen. Jeden Tag stellen die Angestellten eine Stunde länger Auftragsarbeiten aus Acryl her.

Trotzdem sind es in der Summe drei Wochenstunden weniger als früher. Diese schenkt der Betrieb den Mitarbeiter:innen.

Gerade in Zeiten, in denen sich die Arbeitswelt stetig ändert, ist es wichtig, dass Unternehmer:innen neue Wege gehen. Ein Vier-Tage-Modell klingt sehr vielversprechend. Deswegen habe ich auch direkt einen Folgebesuch im nächsten Jahr ausgemacht, um mich über die Entwicklung des Projekts zu informieren.



SPD AXEL ECHEVERRIA

DISKUSSION MIT ROLF MÜTZENICH

Am 20. März besucht der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Rolf Mützenich auf Einladung meines Kollegen Timo Schisanowki und mir den Ennepe-Ruhr-Kreis. Zunächst steht ein Besuch des THW in Witten auf dem Programm. Im Anschluss geht es dann nach Gevelsberg. Dort findet um 19 Uhr eine Diskussionsveranstaltung in den Räumen der VHS (Mittelstraße 86 - 88, 58285 Gevelsberg) statt.

Unter dem Motto „MEHR FORTSCHRITT WAGEN – IM ZEICHEN DER ZEITENWENDE.“ diskutiert Rolf Mützenich mit Timo Schisanowki und mir: Denn mit dem Ziel, mehr Fortschritt zu wagen, haben wir uns als SPD mit unserem Bundeskanzler Olaf Scholz vor mehr als einem Jahr gemeinsam an die Arbeit gemacht, um das Leben der Menschen in unserem Land besser zu machen.

Doch seit dem verbrecherischen Angriffskrieg Putins auf die Ukraine befinden wir uns im Ausnahmezustand – vom Bundeskanzler zurecht als „Zeitenwende“ bezeichnet. Noch nie zuvor musste eine neue Bundesregierung so schnell so viele Krisen bewältigen – und hat gleichzeitig im ersten Regierungsjahr so viel erreicht. Der Krieg und seine Folgen bestimmen auch das Leben der Menschen hierzulande. Wir tun alles dafür, die Belastungen abzufedern.

Doch wir haben uns den Krisen nicht nur erflogreich gestellt, sondern seit Übernahme der neuen SPD-geführten Bundesregierung auch zentrale sozialdemokratische Projekte umgesetzt – für mehr Respekt, Zusammenhalt und Fortschritt.



**MEHR FORTSCHRITT WAGEN –
IM ZEICHEN DER ZEITENWENDE.**

20.03.2023 | 19⁰⁰ Uhr

mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden
Rolf Mützenich

VHS Ennepe-Ruhr-Süd
Mittelstraße 86 - 88
58285 Gevelsberg

Um Anmeldung bis zum 17.03.2023
wird gebeten: (02331) 919458
timo.schisanowski.wk@bundestag.de

MEIN TEAM UND ICH SIND FÜR EUCH ERREICHBAR

Berlin

Meine Mitarbeiter:innen in Berlin (Uta Kibbel und Joe de Haas) sind telefonisch unter 030/227 746 14 bzw. via E-Mail (axel.echeverria@bundestag.de) zu erreichen.



Witten

Das Wittener Büro (Bahnhofstr. 12, 58452 Witten) ist in der Regel für Besucher:innen zu folgenden Zeiten geöffnet:

Montag: 10³⁰ – 16⁰⁰ Uhr | Dienstag: 10³⁰ – 15⁰⁰ Uhr | Mittwoch: 10³⁰ – 18³⁰ Uhr
Donnerstag: 10³⁰ – 18³⁰ Uhr | Freitag: 10³⁰ – 15⁰⁰ Uhr | Samstag: 10³⁰ – 13³⁰ Uhr

Sascha Roncevic: 0173 660 1134 - axel.echeverria.ma04@bundestag.de
Lara Quell: 0173 659 6246 - axel.echeverria.ma03@bundestag.de

Hattingen

Das Hattinger Büro (Bahnhofstr. 24, 45525 Hattingen) ist in der Regel für Besucher:innen zu folgenden Zeiten geöffnet:

Montag, Dienstag, Donnerstag & Freitag: 09⁰⁰ – 13⁰⁰ Uhr
(Eine vorherige Terminvereinbarung ist erwünscht.)

Melanie Witte-Lonsing: 02324 202824 - axel.echeverria.ma06@bundestag.de



Wetter und Herdecke

Neben meinen Büros in Witten und Hattingen könnt Ihr gerne auch einen Termin in den SPD-Büros in Wetter (Königsstraße 69a, 58300 Wetter) und Herdecke (Hauptstr. 44, 58313 Herdecke) vereinbaren.

Zur Terminabsprache wendet Euch einfach an Lara Quell, Sascha Roncevic oder Melanie Witte-Lonsing.